

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Beratung der Kreisvorsitzenden vom 27. September 2014

Ort: Gewerkschaftshaus Dresden

Anwesende Mitglieder:

Antje Feiks (LGF), Rico Gebhardt (Landesvorsitzender), Mirko Schultze (KV Görlitz), Lutz Richter (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Annekatriin Klepsch (SV Dresden), Falk Neubert (KV Mittelsachsen), Klaus Tischendorf (KV Erzgebirge), Nico Brünler (SV Chemnitz), Volker Külow (SV Leipzig), Susanna Karawanskij (KV Nordwestsachsen), Sandro Tröger (KV Zwickau)

Entschuldigte Mitglieder:

Ralph Büchner (KV Bautzen), Tilo Kießling (SV Dresden) [vertreten durch Annekatriin Klepsch], Kerstin Lauterbach (KV Meißen), Holger Luedtke (KV Westsachsen), Janina Pfau (KV Vogtland)

Erstellung der Niederschrift:

Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- B gf LaVo 4 - 018 Regionalprinzip Landtagsabgeordnete

Tagesordnung:

1. Verständigung zur Erfüllung der Vereinbarung der Abgeordneten mit dem Landesvorstand (Regionalprinzip)

- die Zuständigkeiten müssen geklärt werden, da es Parallel-Absprachen gab
- in der Runde ist gerade niemand aus dem KV Bautzen, das ist schade, da Bautzen abgeordneten-technisch dünner besetzt ist
- Grund für das Papier „Regionalprinzip Landtagsabgeordnete“ ist u.a. das Prinzip der „Regionen“ zu definieren, den Transport der Politik der Fraktion zu der Politik vor Ort, sowie das Verhindern von „weißen Flecken“
- RegionalmitarbeiterInnen (je 30 Stunden, 2.700 EUR) sollten ein Team bilden, die regional strukturiert sind, aber je nach Aufgabe nicht an den Grenzen der Region enden
- die RegionalmitarbeiterInnen sollen explizit nicht MitarbeiterInnen von einzelnen Abgeordneten sein
- Vorschlag: nicht mehr als 4 Regionen
- es geht nicht um Büros, sondern um politische Wirkung/politische Gestaltung; die vorhandenen Büros können genutzt werden
- die Frage ist, wie wir als LINKE insgesamt politisch agieren, wenn die Parteistrukturen vor Ort wegbrechen
- das Regionalprinzip ist juristisch einwandfrei
- das Regionalprinzip hat auch das Ziel, die Ressourcen einzelner Abgeordneter zusammenzuziehen, um damit organisatorisch schlagfertiger zu werden
- Frage: Wird jetzt der Fokus weniger auf die Regionen gelegt oder wird eine Art Kampagnen-Team zusammengestellt?
- Es handelt sich um eine Grundänderung: Wie ist es am wirkungsvollsten für die Realisierung?
- mit den Abgeordneten wurden Vereinbarungen abgeschlossen:
...Die MandatsträgerIn wird sich innerhalb der Landtagsfraktion finanziell und organisatorisch an der Bildung von Regionalgruppen in Absprache mit dem Landesvorstand der LINKEN Sachsen beteiligen. Dabei

werden monatlich je 400 Euro der den Abgeordneten zustehenden Personalkosten sowie 200 Euro für Sachkosten den Regionalgruppen zur Verfügung gestellt. Wenn der/die Abgeordnete keine Personalkosten zur Verfügung stellt, verpflichtet sich der/die Abgeordnete monatlich 480 Euro an die Partei DIE LINKE. Sachsen zu spenden, welche dann entsprechend verwendet werden. Jede Regionalgruppe beschäftigt dann RegionalmitarbeiterInnen und unterhält Regionalbüros der Abgeordneten der LINKEN im Sächsischen Landtag, die allen betreffenden Abgeordneten der Region zur Verfügung stehen. Die Regionalgruppen haben das Ziel, die Fraktionsarbeit konsequent und ganzheitliche in ganz Sachsen zum Tragen zu bringen.....

- sollte dieser Inhalt geändert werden, dann könnte es Probleme mit den Abgeordneten geben
- dieses Papier ist nicht das ultimative Lösungspapier; es ist aber sehr gut; Korrekturen sind aber notwendig
- die Frage der Erstausrüstung muss noch geklärt werden
 - wurde schon andiskutiert
 - Mittel werden dafür da sein, da in den ersten Monaten noch nicht vollständig gearbeitet wird
- Wer ist für die Regional-MitarbeiterInnen dann real entscheidungsbefugt?
 - formal die 27 Abgeordneten
 - das muss noch genauer unter den Abgeordneten geklärt werden
- die Regional-MitarbeiterInnen sollen angebotsorientiert arbeiten; Problem ist, dass die Strukturen vor Ort mittlerweile so geschwächt sind, dass selbst das Annehmen und Unterstützen der fertigen Angebots-Pakete schwierig ist
- das Regionalprinzip braucht unbedingt einen Solidarausgleich, um benachteiligte Regionen zu unterstützen
- wenn es objektive Benachteiligungskriterien gibt, dann ist das sinnvoll; die Definition der Benachteiligungskriterien sehr kompliziert
- die Regionen dürfen territorial nicht zu groß sein, damit man sie noch bespielen kann (MitarbeiterInnenfreundlichkeit)
- es geht nun um einen Rückkopplungsprozess zwischen Partei und Abgeordneten
- die Variante „4-er-Team für alle Abgeordnete (natürlich koordiniert)“ ist sinnvoller, als „4 Regionen mit weniger Austausch“
- für das Durchdringen unserer Politik geht es nicht nur um die Regional-MitarbeiterInnen, sondern auch um die Abgeordneten
- die Abgeordneten sollten ihre Einflussrechte zugunsten der gesamten Fraktion zurückzustellen
- Vogtland und Zwickau sind unterrepräsentiert
- das Regionalprinzip ist ein großer Fortschritt; egal wie es aufgebaut ist, es ist besser, als ‚kein Regionalprinzip‘
- es macht keinen Sinn über die genaue regionale Positionierung zu sprechen; denn dies kann auch mobil im Auto sein; das Vernetzungselement muss vorhanden sein; der regionale Bezug ist aber schon erwartbar; sonst könnte zukünftig wieder eine Neiddebatte entstehen
- die Abgeordneten vor Ort sollten nicht für die Personalfragen (Einstellung, etc.) verantwortlich sein
- bei jew. 30 h/Stellen haben wir jew. 180 Kampagnentage; die Regional-MitarbeiterInnen werden aber nicht die ganze Zeit mobil unterwegs sein
- Bautzen und Görlitz werden auch in der Bevölkerung als Region „Lausitz“ wahrgenommen; die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der/die RegionalmitarbeiterIn wahrscheinlich vom Büro in Bautzen arbeitet und dennoch landesweite Politik betreibt/umsetzt; dennoch wird ein Eindruck entstehen, sodass die „bevorteilten“ GenossInnen sich freuen und sich die „benachteiligten“ GenossInnen ärgern
- es geht nicht nur darum, die Politik der Fraktion vor Ort zu bringen, sondern auch Schwerpunkte von vor Ort in die Fraktion zu bringen; auch unterstützte Projekte können dadurch über die Kreisgrenzen kommunikativ verbreitet werden; die Vernetzung ist also einer der größten Vorteile dieses Regionalprinzips
- Wer hat das Vorschlagsrecht für MitarbeiterInnen?
- Wohin sollen Bewerbungen geschickt werden?
- die Kreisvorsitzenden, die auch Abgeordnete sind, sollten dringend mit Kreisvorsitzenden kommunizieren, die nicht im Landtag sind; auch innerhalb der Kreise muss besser kommuniziert werden
- Fraktion muss den Diskussionsprozess führen und abschließen
- am 1. Januar 2015 soll das Prinzip stehen; ein Zweistufen-Modell „erst mit den Abgeordneten und Kreisvorsitzenden vor Ort diskutieren und dann noch mal mit den 27 Abgeordneten diskutieren“ ist nicht machbar

- wenn sich die Fraktion für die Variante „ein Topf“ entscheidet, dann soll die Fraktion auch gleich 2 Personen bestimmen, die sich dem Thema annehmen; Antje sollte auch mit dabei sein, um die Vernetzung zum Landesvorstand sicherzustellen
- diese Ansprechpersonen in der Fraktion sollten keine Kreisvorsitzenden sein
- das Prinzip „ein Topf für alle RegionalmitarbeiterInnen“ wäre am einfachsten

Festlegungen der Runde:

1. Das Prinzip soll bei den Abgeordneten vorgestellt werden. (07.10., Entscheidung „ein Topf“ oder „regional“); dann Landesvorstand und Kreisvorsitzende informieren
2. Die Landtagsfraktion benennt gegenüber dem Landesvorstand zwei AnsprechpartnerInnen für weitere Gespräche und Abstimmung.
3. Das Prinzip soll bei der nächsten Landesvorstandssitzung vorgestellt und diskutiert werden (17.10.).
4. Das Prinzip soll ab 01.01.2015 stehen.

F.d.R.

Dresden, 06. Oktober 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin